

LOYALITÄTEN IM STAATSSOZIALISMUS – DDR, TSCHECHOSLOWAKEI UND POLEN

Nach wie vor herrscht in der Auseinandersetzung mit sozialistischen Herrschaftssystemen eine starke Konzentration auf Repression und Zwang. Dass es für die langjährige Stabilität der sozialistischen Gesellschaften Ostmitteleuropas und die Anpassung der Bevölkerung auch andere Gründe als Terror oder dessen Androhung gab, bleibt dagegen im Hintergrund. Ziel der von Volker Zimmermann (Prag) konzipierten Tagung „Loyalitäten im Staatssozialismus“, die am 25. und 26. September 2008 in Prag stattfand, war es, staatliches Werben um die Loyalität der Bevölkerung sowie die Loyalitätsbezüge verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in der DDR, der Tschechoslowakei und Polen vergleichend zu untersuchen.

Der erste Teil der Konferenz widmete sich den „neuen Bevölkerungsgruppen“, die in den drei betrachteten Ländern aus den gewaltigen demografischen Wandlungsprozessen nach dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen waren und die traditionellen sozialen Strukturen in erheblichem Maße veränderten. Für die jeweilige kommunistische Partei waren die „Umsiedler“ (SBZ) bzw. „Neusiedler“ ein Ansatzpunkt zur Etablierung ihrer Herrschaft. Die Bodenreform als Umverteilungsmaßnahme habe aber, wie Michael Schwartz (Berlin) deutlich machte, nur vorübergehend und in bestimmten Regionen zu einer Integration der zu „Neubauern“ avancierten „Umsiedler“ geführt. Längerfristig sei die Einstellung dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber dem Regime von anderen Faktoren wie etwa der ungeklärten Grenzfrage oder den drängenden Problemen auf dem Wohnungssektor beeinflusst worden. Im Vergleich dazu hatte die KPTsch vor dem Februar 1948 bei der Erringung von Loyalität leichtes Spiel, wobei die Partei in dieser Zeit unter den Neusiedlern der Grenzgebiete auch mit durchaus „nichtkommunistischen“ Positionen warb. Andreas Wiedemann (Prag) führte an, dass die von der KPTsch propagierte Überführung des Bodens in Privatbesitz dieser 1946 in manchen Wahlbezirken des Grenzlandes einen Stimmenanteil von über 50 Prozent sichern konnte. Allerdings habe es sich für das Regime als große Herausforderung erwiesen, die so gewonnene Loyalität dauerhaft zu erhalten. In diesem Zusammenhang sprach Matěj Spurný (Prag) von einem Aushandlungsprozess zwischen dem Regime und den Wollhynientschechen, in dessen Verlauf Loyalität durch konkrete Zugeständnisse „erkauft“ worden sei.

Die Perspektive auf sozialen und kulturellen Aufstieg zeigte gerade bei neuen Bevölkerungsgruppen Wirkung: Tadeusz Janicki (Poznań) verwies auf die Situation polnischer „Neusiedler“ in den „Wiedergewonnenen Gebieten“, bei denen die Kommunisten durch Agrarreform, Aufstiegschancen und eine Stabilisierung der Verhältnisse durchaus positiven Widerhall finden konnten – ganz im Gegensatz zu Großpolen, wo dies bei altansässigen Bauern kaum gelungen sei. Für eine umfassende Betrachtung der Haltung der neuen Bevölkerungsgruppen – dies wurde in der anschließenden Diskussion übereinstimmend betont – müssten aber auch andere Faktoren wie die unmittelbare zeitliche Nähe zum Krieg und die damit verbundenen Erfahrungen berücksichtigt werden.

Wichtiger Bestandteil der Herrschaftskonsolidierung und -erhaltung sozialistischer Systeme war die Propaganda, die in den 1950er und 1960er Jahren gegen eine vermeintliche Bedrohung durch den Westen gerichtet war. Hier wurden gezielt Ängste instrumentalisiert, um Loyalität herzustellen und zu festigen. Den Wandel von Feindbildern in der DDR und in Polen skizzierte Jan C. Behrends (Berlin): In der SBZ/DDR habe zunächst das Feindbild des Nationalsozialisten eine zentrale Rolle gespielt, doch seien innenpolitische Gegner allmählich zugunsten der „Volksfronttaktik“ in den Hintergrund getreten. Im Laufe der Zeit habe die Agitation sich unter anderem verstärkt gegen eine „Amerikanisierung“ gerichtet. Auch in Polen, so Behrends, sei die „Bedrohung durch den amerikanischen Imperialismus“ zum Hauptmotiv der Propaganda geworden, nachdem in der frühen Nachkriegszeit das tradierte ethnische Negativstereotyp vom „Deutschen“ dominant gewesen sei. Für die Tschechoslowakei zeichnete Marína Zavacká (Bratislava) einen Prozess der Ausdifferenzierung nach: Während auch hier in den 1950er Jahren „der Deutsche“ das zentrale Feindbild in der staatlichen Propaganda gewesen sei, habe sich dieses Bild während der 1960er gewandelt. So seien die Westdeutschen auch als bedauerenswert und quasi als Opfer des amerikanischen Einflusses charakterisiert worden.

Zur Gewinnung von Loyalität und Systemstabilisierung wurden in zunehmendem Maße auch die Sozial- und Konsumpolitik eingesetzt. Dabei erwies sich allerdings die Privilegierung bestimmter Gruppen als kontraproduktiv. Martin Franc (Prag) verwies auf die Bevorzugung der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei der 1950er Jahre, die bis zum Aufkommen der ersten wirtschaftlichen Krise in den 1960er Jahren eine durchaus stabilisierende Wirkung gezeitigt habe. Die forcierte Konsum- und Sozialpolitik könne außerdem als Abkehr von repressiven Methoden nach der blutigen Niederschlagung der Aufstände von 1953 und 1956 interpretiert werden – als Suche nach „geschmeidigeren“ Formen der Herrschaftssicherung. Christoph Boyer (Salzburg) zufolge habe dieser Mechanismus zur „Produktion von Loyalität“ in der Tschechoslowakei nach 1968 auch zumindest vorübergehend funktioniert. Der spätere Niedergang sei eher in dauerhaften strukturellen Problemen zu suchen als in der Aufkündigung der Loyalität durch die Bevölkerung aufgrund ökonomischer Schwierigkeiten.

Eines der zentralen strukturellen Probleme besonders in Polen und der DDR war die Schuldenfalle, entstanden vor allem durch das Bemühen, den immer größer werdenden Ansprüchen der Bevölkerung an das Lebensniveau gerecht zu werden. Diese

„Anspruchsinflation“ habe, so Peter Hübner (Potsdam), in den 1980er Jahren in einen „verschleppten Konkurs“ gemündet.

In einem eigenen thematischen Block wurden Intellektuelle – Künstler, Schriftsteller und Filmemacher – einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Hierbei erwies es sich als erforderlich, das Kongruenzpaar von „Loyalität“ und „Illoyalität“ um Abstufungen zu erweitern: Dieter Segert (Wien) plädierte dafür, von einem Spektrum zu sprechen, das von „bedingungsloser“ bis hin zu „kritischer“ Loyalität reicht, und illustrierte dies am Beispiel von Konflikten im Schriftstellerverband der DDR. Gerade die Loyalität von Intellektuellen habe im Laufe der Zeit starken Wandlungen unterlegen. Monika Práchenská und Jiří Pešek (beide Prag) skizzierten die verschiedenen Entwicklungsstufen der Loyalität zum Regime im Milieu der tschechoslowakischen Schriftsteller. Eine differenzierte Loyalität habe sich während des Prager Frühlings gezeigt, als ein Großteil dieser Gruppe – loyal zu den Reformbemühungen – Fehler des alten Regimes beseitigen wollte. Ihrer exponierten Stellung als Künstler, Schriftsteller oder Filmemacher hatten viele Intellektuelle verschieden große Freiräume zu verdanken, die sie in unterschiedlichem Maße zu nutzen wussten. Patryk Wasiak (Warschau) führte das Beispiel des polnischen Filmemachers Andrzej Wajda an, der geschickt lavierend die Veröffentlichung seines Filmes „Człowiek z marmuru“ (Der Mann aus Marmor) gegen partielle Kritik von Seiten der Staatsmacht letztlich habe verteidigen können. Die Herausforderung bestand darin, nachzuweisen, dass der Film der offiziellen Politik entspreche und somit „loyal“ sei.

Die Kirche, die in der Forschung ebenfalls als gesellschaftliche Institution mit gewissen Freiräumen gilt, war Gegenstand des folgenden Panels. Clemens Vollnhals (Dresden) beschrieb am Beispiel der Kirche in der DDR die unterschiedlichen Reaktionen von Kirchenvertretern auf Repressionen und auf Forderungen nach Loyalität von Seiten des Regimes. Die Bandbreite habe dabei von einer Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit bis zu regimekritischem Verhalten gereicht, wobei allerdings als eine maßgebliche Richtung Hoffnungen eines Teiles der Geistlichen auf einen „dritten Weg“ hervorzuheben seien. Miroslav Kunštát (Prag) differenzierte hierbei am Beispiel der Tschechoslowakei zwischen einer spontanen, echten Loyalität zu Beginn der Entwicklung und einer Loyalität als Überlebensstrategie, die für die 1970er und 1980er Jahre charakteristisch gewesen sei. Im Falle Polens muss aufgrund der traditionell starken Rolle der Kirche allerdings von anderen Voraussetzungen ausgegangen werden. Stanisław Jankowiak (Poznań) verwies auf die Nachkriegszeit, als die Kommunisten bemüht gewesen seien, in der Bevölkerung antikommunistische Ressentiments durch eine gemäßigte Kirchenpolitik abzubauen. Diese Bemühungen hätten in der Folgezeit durchaus zu einem „pragmatischen Arrangement“ zwischen Staat und Bürgern geführt.

Abschließend widmete sich die Konferenz der Frage, inwieweit das Thema „Loyalität im Staatssozialismus“ in aktuellen Schulbüchern reflektiert wird. Sowohl Zdeněk Beneš als auch Tomáš Nigrin (beide Prag) gelangten bei der vergleichenden Untersuchung tschechischer, polnischer und slowakischer Schulbücher zu dem Schluss, dass die Auseinandersetzung der Forschung mit Loyalitätsformen im Sozialismus in diesen Werken noch nicht angekommen sei. Nigrin sprach hier von

einer Parallele zwischen der Darstellung des Sozialismus in tschechischen Schulbüchern und in den tschechischen Medien, die die Beschreibung positiver Bezüge der Bevölkerung zum sozialistischen Staat generell als „Verklärung der kommunistischen Vergangenheit“ verurteilten.

Die thematischen Sektionen der Tagung wurden von allgemeinen Überlegungen zum Begriff der Loyalität eingerahmt. Dabei verwiesen Volker Zimmermann im Einführungsvortrag und Peter Haslinger (Marburg, Gießen) in seinem resümierenden Referat auf die Bedeutung – auch hinsichtlich der heutigen gesellschaftlichen Brisanz und vor dem Hintergrund bisheriger Forschungen – und auf Perspektiven in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der „Loyalitäten im Staatssozialismus“. Zimmermann zufolge müsse das bislang noch vorherrschende dichotomische Bild von Staat und Gesellschaft in großem Maße differenziert und erweitert werden: So müssten gerade die Mechanismen, die zu verschiedenen Ausformungen der Loyalität jenseits von offener und verdeckter Repression geführt hätten, in den Vordergrund gestellt und die Wechselwirkungen zwischen Herrschaft und Gesellschaft betrachtet werden. Methodisch stelle sich allerdings das Problem der Messbarkeit, zumal bei einer Untersuchung von Loyalitäten verschiedene zeitliche Phasen staatssozialistischer Herrschaft zu berücksichtigen seien. Diese Grundvoraussetzung unterstrich auch Haslinger, der dafür plädierte, bei der Abfolge von „Zyklen von Loyalität“ strukturelle Krisen sowie die sich verändernden innen- und außenpolitischen Konstellationen zu berücksichtigen. Eine Differenzierung von Loyalität in eine strukturfunktionale, eine diskursive, eine personelle bzw. soziale sowie eine zyklische Kategorie ermögliche Ansatzpunkte für weitere Forschungen.

Es sind gerade diese in den Referaten und in den Diskussionen aufgezeigten Systematisierungen des Tagungsthemas, die in Richtung künftiger differenzierterer Perspektiven und Interpretationen weisen – wenngleich die Konferenz hinsichtlich der Messbarkeit von Loyalität auch Grenzen aufzeigte.